



Newsletter von Gabriele Groneberg, MdB mit Berichten aus Berlin und der Region

Berlin, 17. Juni 2013

www.gabriele-groneberg.de

Ausgabe 07 / 2013

*Liebe Genossinnen,
liebe Genossen,*

der große Zuspruch zu meinem Newsletter ermutigt mich, diesen auch in den nächsten Monaten, abseits von Berliner Sitzungswochen, fortzuführen. Er soll weiterhin dazu dienen, Themen, die besonders uns im Oldenburger Münsterland interessieren, an die Frau und den Mann zu bringen. Ihr werdet also demnächst vor allem auch Infor-

mationen darin finden, die direkt unseren Wahlkampf betreffen. Ich hoffe, dass er Euch zu manchen Aktivitäten inspiriert.

Wie Ihr sicherlich der Presse entnommen habt, ist der Listenplatz, den der Bezirk uns zugewiesen hat, nicht unbedingt zugkräftig. Aber wir werden uns davon nicht irritieren lassen. Steine, die uns in den Weg gelegt werden, sind dazu da, ein stabiles Haus zu bauen – auch bei uns.

Das neue Wahlrecht, nach dem Überhangmandate künftig komplett ausgeglichen werden müssen, stärkt unsere Position gegenüber der CDU. Es lohnt sich also weiterhin, für jede Stimme zu kämpfen. In diesem Sinne bitte ich Euch alle um Eure Mitarbeit, aktiv oder in Form einer Wahlkampfspende. Jede Unterstützung hilft!

Herzliche Grüße,
Eure



Die zwei Gesichter der CDU

Koalitionsfraktionen blockieren SPD-Initiative gegen den Missbrauch von Werkverträgen

Die schwarz-gelbe Mehrheit im Agrarausschuss des Bundestags hat gegen den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion „Missbrauch von Werkverträgen bekämpfen“ gestimmt. Angesichts der Missstände, die durch den ausufernden Einsatz von Werkvertragsbeschäftigten gerade auch in niedersächsischen Schlachtbetrieben herrschen, stößt diese Blockadehaltung bei mir auf völliges Unverständnis. Hier zeigt die CDU ihre zwei Gesichter: Vor Ort gegen die Zustände wettern und in Berlin stillhalten.

Bereits in meiner Rede am 21. Februar 2013 habe ich mit Nachdruck auf den breiten Protest von Kommunen, Gewerkschaften und Kirche gegen den umfangreichen Missbrauch von Werkverträgen in meiner Region hingewiesen und auf die Unterstützung auch des örtlichen CDU-Abgeordneten gehofft. Keine Chance.

Der SPD-Antrag „Missbrauch von Werkverträgen bekämpfen“ sieht gesetzliche Regelungen vor, die Werkverträge deutlich

von Leiharbeit und Scheinwerkverträgen abgrenzen. Zudem wollen wir die Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte in Bezug auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Werkverträgen auszuweiten.

Dieses Abstimmungsverhalten ist ein weiterer Beleg dafür, dass die schwarz-gelbe Koalition kein Interesse an einem Mindestlohn hat. Alle anderen Aussagen sind inhaltslose Lippenbekenntnisse. Wir werden umgehend nach der Bundestagswahl einen flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 Euro einführen und das obige Gesetz umsetzen.



Klimawandel und Landwirtschaft

In einer Kernzeitdebatte am 13. Juni hat die SPD-Bundestagsfraktion an die schwarz-gelbe Bundesregierung appelliert, wieder zu einer verantwortungsvollen Klimaschutzpolitik und einer nachhaltigen Energie- und Wirtschaftspolitik zurückzukehren. Auch in der Landwirtschaftspolitik muss sich einiges ändern. **Meine Bundestagsrede in Auszügen auf Seite 2**

Marktwächter einführen

Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken

Die Pleiten der Energieanbieter, die Lebensmittelskandale und die Abzocke am Bankschalter verunsichern die Verbraucher mit jedem Tag stärker und haben in der Vergangenheit auch zu erheblichen Vermögensschäden bei den privaten Haushalten geführt. Die SPD-Bundestagsfraktion will die fünf Märkte für Energie, Finanzen, Gesundheit, digitale Kommunikation und Lebensmittel für die Verbraucherinnen und Verbraucher transparenter und sicherer gestalten. Dazu haben wir den Antrag „Verbraucherinnen und Verbraucher stärken – Marktwächter einführen“ in den Bundestag eingebracht.

Komplexität der Märkte sind undurchschaubar

Die Märkte sind immer vielfältiger und intransparenter geworden und der Konsumalltag der Menschen damit immer komplexer. Anbieter und Verbraucher sind schon lang nicht mehr auf Augenhöhe.

Für eine effektive Verbraucherpolitik müssen Behörden deshalb die Möglichkeiten erhalten, zu Gunsten von Verbraucherinnen und Verbrauchern in Marktvorgänge einzugreifen, um missbräuchliche Marktpraktiken zu unterbinden.

Verbraucherzentralen zu Marktwächtern ausbauen

Wir wollen, dass die Verbraucherzentralen in ihrer Arbeit gestärkt und zu Marktwächtern ausgebaut werden. Dafür sollen sie als Regelförderung zusätzliche Mittel aus dem Bundeshaushalt erhalten. Zur Finanzierung der Maßnahmen wollen wir die Bußgelder aus Kartellstrafen heranziehen.

Die Verbraucherzentralen und ihr Bundesverband sollen dann in ihrer Funktion als Marktwächter die Teilmärkte Energie, Finanzen, Gesundheit, digitale Welt und Lebensmittel beobachten, beraten und unseriöse Praktiken bekämpfen. Es muss verhin-

Die Aufgaben der Marktwächter

Die Aufgaben der fünf Marktwächter Energie, Finanzen, Gesundheit, Kommunikation und Lebensmittel lassen sich mit den sechs „B’s“ skizzieren. Sie sollen

beobachten: Systematisch verbraucherpolitische Defizite und Fehlentwicklungen auf den Märkten aufspüren

beraten: Beratungsangebote ausbauen, Informationsportale aufbauen, Checklisten für Verbraucher erarbeiten

bewerten: Transparenz und Verständlichkeit von Informationen beurteilen, die Seriosität und Rechtmäßigkeit von Angeboten prüfen

bearbeiten: Hinweise auf strukturelle Verbraucherprobleme an die Aufsichts- und Regulierungsbehörden weitergeben.

bekämpfen: zivilrechtlich gegen rechtswidrige Marktpraktiken vorgehen; Muster- und ggf. Sammelklagen führen; vor unseriösen Anbietern und Geschäftsmodellen warnen

beteiligen: in Beiräten, Aufsichtsräten und Gremien der Aufsichtsbehörden die Verbraucherinteressen institutionell

dert werden, dass Pleiten wie zum Beispiel der Energieanbieter Flexstrom und TelDa-Fax, Geldanlagen der Banken in der Finanzkrise und unseriöse Anlageempfehlungen zu erheblichen Geldverlusten der privaten Haushalte führen.

Um dieses im Interesse und zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger verwirklichen zu können, braucht Deutschland eine moderne, erweiterte Verbraucherschutzpolitik mit starken Verbraucherorganisationen. Schwarz-Gelb lehnt diese Stärkung der Verbrau-



Weitere Informationen und der Antrag unter:
www.spdfraktion.de/themen/verbraucherschutz

Auszüge aus meiner Rede vom 13. Juni 2013 zu Klimawandel und Landwirtschaft

„ (...) Die Landwirtschaft ist ganz besonders betroffen von den künftigen Auswirkungen des Klimawandels. Und: Unsere Landwirtschaft ist nicht klimaneutral. Sie ist Opfer, aber sie ist eben auch Verursacher. Die Abholzung von Wäldern, der Umbruch von Grünland und Brachflächen, der intensive Ackerbau mit engen Fruchtfolgen und Monokulturen, der starke Einsatz von synthetischen Düngemitteln und die intensive Tierhaltung tragen nachweislich zum Klimawandel bei. Wohlgedemert geht es hier nicht darum, die Landwirtschaft als Klimakiller zu diffamieren; aber selbst nach Angaben dieser Bundesregierung ist die Landwirtschaft an den Treibhausgasemissionen mit einem Anteil von 11 bis 15 Prozent beteiligt. (...)

In der Nachhaltigkeitsstrategie dieser Bundesregierung ist der Handlungsdruck durchaus formuliert: Die Indikatorberichte sagen aus, dass es für den Bereich der Landwirtschaft zwingend notwendig ist, den Stickstoffüberschuss zu verringern,

was bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, offensichtlich verdrängt wird. (...) Mit unserem Antrag haben wir Sie bereits vor zwei Jahren aufgefordert, den Stickstoffüberschuss auf 50 Kilogramm pro Hektar zu begrenzen.

Dass wir ein Problem mit dem Nährstoffüberschuss haben, ist ja nicht neu; es gibt Regionen in diesem Land, wo dringender Handlungsbedarf besteht. Das wissen wir seit längerem. Dort schlagen vor allem auch die Wasserverbände Alarm, weil die Nitratwerte im Grundwasser beunruhigend ansteigen. (...)

Ein „Weiter so“, ein „Immer intensiver“ ist letztendlich der Todesstoß für viele Landwirte in unserem Land. So wie Sie, nicht auf Herausforderungen der Zukunft zu reagieren, nicht zu reagieren auf den Klimawandel, bedeutet das Aus für eine gute Landwirtschaft. Das muss man den Menschen draußen auch sagen. Wir werden das tun.“

Die ganze Rede unter www.gabriele-groneberg.de

Drohnen-Affäre – kein Ende abzusehen?

Der Untersuchungsausschuss wird zu einem Ende mit Schrecken für den Verteidigungsminister. SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier sagte: „Da de Maizière offensichtlich nicht freiwillig bereit ist, umfassend zur weiteren Aufklärung beizutragen, kann nur ein Untersuchungsausschuss diese Aufgabe leisten.“

Nun wird es sehr eng werden für den Herrn Minister. Dass er nicht immer die volle Wahrheit gesagt hat, dass er schon früher als vor dem Deutschen Bundestag eingestanden über das Debakel mit der „Euro-HAWK-Drohne“ informiert war, scheint sich zu bestätigen.

Anschaffung hätte schon viel früher gestoppt werden müssen

Die Bevölkerung und der Deutsche Bundestag müssen die ganze Wahrheit über die Rüstungsbeschaffung der Drohne erfahren, auch unsere Nato-Partner haben sich auf die Anschaffung dieser Drohne verlassen. Minister de Maizière hat sie vollmundig versprochen, so dass diese Drohne Bestandteil der Nato-Strategie werden sollte.

Der Verteidigungsminister hat Deutschland vor den Partnern blamiert. Die Beschaffung der Euro-HAWK-Drohne war ein Flopp, der Flugkörper erfüllt nicht die Sicherheitsanforderungen unserer Gesetze. Das war schon vor Jahren schriftlich festgehalten.

Es hätte schon viel früher der Anschaffungsvorgang gestoppt werden müssen, um finanziellen Schaden von Deutschland –, Steinmeier spricht von mehr als 300 Millionen Euro – abzuwenden.



Vier Tage Abgeordnete in Berlin

Die Schülerin Sara Riesenbeck aus Cloppenburg hat vom 1. bis 4. Juni 2013 an der Veranstaltung „Jugend und Parlament“ im Deutschen Bundestag teilgenommen. Bei diesem Planspiel übernahm sie die Rolle einer Abgeordneten und simulierte mit den anderen Beteiligten vier Gesetzesinitiativen.

Sara lernte dabei die Arbeit einer Abgeordneten kennen – in der Landesgruppe, der Fraktion, der Arbeitsgruppe und dem Ausschuss.

Auch gab es natürlich ein persönliches Gespräch in meinen Büroräumen. Sara berichtete, dass das Planspiel den teilnehmenden Jugendlichen einen sehr

Alarmstufe Rot: Fracking bleibt unregelt

Nach mehreren erfolglosen Anläufen hat die schwarz-gelbe Bundesregierung ihr Fracking-Gesetz nun endgültig auf Eis gelegt. Prinzipiell bleibt damit die Fracking-Methode zur Förderung von unkonventionellen Gasvorkommen nach wie vor erlaubt.

Es ist gut für Niedersachsen, dass Wirtschaftsminister Olaf Lies bereits angekündigt hat, bis zu einer bundesrechtlichen Festlegung an dem Verbot der Anwendung der Frack-Technologie in Wasser-, Heilquellen- und Trinkwasserschutzgebieten sowie in Gebieten zur Mineralwassergewinnung festhalten zu wollen.

Auf Bundesebene setzen wir uns weiterhin für ein generelles Moratorium der Fracking-Technologie ein. Solange diese nicht ohne den Einsatz giftiger Chemikalien auskommt, die in großen Mengen in die Gesteinsschichten gepumpt werden, soll über keine weiteren Anträge für Fracking-Vorhaben entschieden werden.

Bundestag beschließt die vertrauliche Geburt

Ab Mai 2014 können werdende Mütter vertraulich in Krankenhäusern entbinden. Die Daten der Mutter werden versiegelt, und nach 16 Jahren hat das Kind ein Anrecht, Informationen über die Mutter zu erfahren.

Damit werden die Rechte der Kinder gestärkt, die bei der Babyklappe und der anonymen Geburt nie die Chance haben, etwas zur leiblichen Mutter zu erfahren oder die leibliche Mutter kennenzulernen. Neben der vertraulichen Geburt wird es weiterhin die Babyklappe und die anonyme Geburt geben.

Ich finde, die vertrauliche Geburt ist eine gute Regelung für Schwangere in Notlagen. Sie wissen sich in einem Krankenhaus in guten Händen, und das Baby wird nach der Geburt sofort medizinisch versorgt. Dem Kind bleibt zugleich die Möglichkeit erhalten, seine leibliche Mutter kennenzulernen.

genauen Eindruck über die Arbeit des Parlaments und den Arbeitsalltag einer Abgeordneten vermitteln konnte.

Da es mir sehr wichtig ist, eine transparente Politik zu machen und gerade Jugendlichen zu vermitteln, wie politische Prozesse auf der Bundestagebene ablaufen, habe ich mich sehr über die Teilnahme von Sara Riesenbeck gefreut.

Hochwasser – Hilfsfonds wie 2002 notwendig

Dramatische Lage in den Hochwassergebieten – auch niedersächsische Gemeinden betroffen

Das Hochwasser richtet schwerste Schäden an und bedeutet für viele die Vernichtung ihrer Existenz, zum zweiten Mal innerhalb weniger Jahre. In diesem Moment dürfen wir die Menschen, die Unternehmen und Kommunen nicht allein lassen. Mich beeindruckt die Solidarität und die Hilfsbereitschaft der Menschen, die nun schon über viele Tage Übermenschliches leisten. Das Zusammenhalten in der Not zeigt, wie viel Gemeinsinn in unserer Gesellschaft steckt. Daran, so meine ich, soll sich die Politik ein Beispiel nehmen.



Magdeburg am 10.06.2013

Foto: S. Rössler

Zu Beginn der Plenardebatten am 6. Juni haben Vertreter aller Fraktionen im Bundestag die Einsatz- und Hilfsbereitschaft der Menschen gewürdigt und die Hilfe der Politik bei der Beseitigung der Schäden zugesichert. Neben einer Soforthilfe des

Bundes in Höhe von 100 Millionen Euro legte das Bundeswirtschaftsministerium inzwischen ein Zehn-Punkte-Programm für den Wiederaufbau vor. Bei der Bereitstellung der finanziellen Hilfen werden wir konstruktiv mit der Koalition zusammenarbeiten.

Darüber hinaus setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion für einen Hilfsfonds wie 2002 ein. Nötig sind mehrere Milliarden Euro, und die unbürokratische, schnelle Auszahlung der Hilfen muss wie

2002 gesichert sein.

Für alle Hochwasser-Opfer: Die Verbraucherzentralen haben eine zentrale, gebührenfreie Hotline eingerichtet, die zu vertrags- und versicherungsrechtlichen Fragen berät. Sie ist zu erreichen unter der Tel. 0800 100 3711

Steinmeier: „Merkel bereitet neuen Wahlbetrug vor“

Der Bundestag hat in einer Aktuellen Stunde auf Verlangen von SPD und Grünen die unhaltbaren Wahlversprechen von Angela Merkel debattiert. „Die Kanzlerin hat die Maske fallen lassen, und wir alle waren Zeugen“, eröffnete der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier die Debatte am 6. Juni. Nach SPD-Berechnungen hat Merkel den Wählerinnen und Wählern inzwischen sozialpolitische Leistungen in Höhe von 46,6 Milliarden Euro versprochen – ohne einen Cent Gegenfinanzierung.

„Es ist dreist, wie Sie die Wähler hinter die Fichte führt“, bekräftigte Steinmeier. Die Versprechen sind eine Wiederholung des Wahlbetruges von 2009: Damals hatte Merkel zusammen mit Guido Westerwelle (FDP) Steuersenkungen in Höhe von 24 Milliarden Euro versprochen. Bis heute ist dieses Versprechen nicht eingelöst worden.

Partei ohne Programm

Ich vermisse vor allem ein eigenes Wahlprogramm der CDU. Die Kanzlerin und CDU-Parteivorsitzende übernimmt unsere Positionen und macht sich unsere Initiativen zu eigen, dort wo es politisch opportun erscheint. Sie sympathisiert plötzlich mit einem Mindestlohn und einer Begrenzung der Neu-

mieten, sie will die Familien durch eine Anhebung der Freibeträge entlasten und das Kindergeld erhöhen, – das sind alles Forderungen der SPD-Fraktion. Viele davon liegen bereits in Form von Gesetzesanträgen von uns vor.

Der Plagiatsvorwurf prallt an der Teflon-Kanzlerin ab. Es geht ihr allein um ihre Machtsicherung. Ich bin davon überzeugt, dass am Wahlabend alle Versprechungen einkassiert werden. Die Glaubwürdigkeit der Aussagen der Kanzlerin ist gleich null, sonst hätte die CDU schon längst konstruktiv mit uns zusammenarbeiten können, statt unsere Gesetzanträge zu Mindestlohn, Werkverträgen oder Erhöhung des Kindergeldes zu boykottieren.



Besser als das Plagiat ist immer noch das Original:
Bezahlbares Wohnen in der Sozialen Stadt



Impressum

Büro Gabriele Groneberg, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel./Fax (030) 227-70145/-76445
gabriele.groneberg@bundestag.de | www.gabriele-groneberg.de

Redaktion

Wilhelm Bohnstengel, Kornelia Urban, Janna Völker